

Europa

Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE – Bewertung durch die vbw

Position
Stand: April 2019

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Vorstellungen der LINKEN würden zu einer schnellen Deindustrialisierung Europas führen

Das Programm der LINKEN zur Europawahl am 26. Mai 2019 hat nichts mit Sozialer Marktwirtschaft zu tun und widerspricht den Vorstellungen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. in nahezu allen Punkten. DIE LINKE will die EU-Fiskalkriterien und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank abschaffen und zahlreiche Wirtschaftsbereiche verstaatlichen. Besonders kontraproduktiv sind zudem die geforderte massive Ausweitung von Sozialleistungen und die zusätzliche Regulierung im Arbeitsrecht. Darüber hinaus propagiert die Partei überzogene Klimaeinsparziele und höhere Steuerbelastungen. Das Programm der LINKEN würde zu einer schnellen Deindustrialisierung Europas führen.

Bertram Brossardt
12. April 2019

Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	4
4	Den Binnenmarkt vollenden	5
5	Arbeit und Soziales	8
6	Energie und Klimapolitik	14
7	Steuerpolitik	16
8	Industrie stärken	18
9	Internationale Handelspolitik	20
10	Migration	22
11	Bildung	24
	Ansprechpartner / Impressum	27

1 Pro-Europäische Ausrichtung

Aus dem Wahlprogramm der Partei DIE LINKE lässt sich eine gewisse euroskeptische Ausrichtung ablesen

DIE LINKE befürwortet ein geeintes Europa und die europäische Idee. Sie fordert dazu auf, mehr Europa zu wagen. Die Partei lehnt das europäische Einigungsprojekt nicht an und für sich ab. Exit-Szenarien oder der „Rückzug hinter nationale Grenzen“ fehlen oder werden explizit abgelehnt. Es sei wichtig, die Europäische Union zu retten. Gleichzeitig ist eine tiefe Skepsis gegenüber der gegenwertigen Struktur der EU ersichtlich. Anders als die Euroskepsis der AfD gründet die skeptische Haltung der LINKEN nicht auf der Angst vor einem nationalen Identitätsverlust und der Fixierung auf nationalstaatliche Souveränität, sondern vielmehr auf der Unvereinbarkeit der eigenen Werte mit den wahrgenommenen Hauptmerkmalen der EU. Die EU-Verträge seien keine geeignete Grundlage für ein demokratisches Europa, die EU fördere Ungleichheit und sei neoliberal und unsozial. Die Errungenschaften der EU bleiben dabei unerwähnt.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Forderung nach einem uneingeschränkten Initiativrecht des Europäischen Parlaments, damit es selbst Gesetzesvorschläge unterbreiten kann	Zustimmung; das legislative Initiativrecht wird von den meisten Parteien gefordert und würde das Europäische Parlament, das einzige direkt gewählte Organ der EU, deutlich stärken.
Alleiniges Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments für seine Zuständigkeiten	Ablehnung; wie im Steuerrecht erscheint auch hier die Ausweitung der EU-Kompetenzen nicht sinnvoll.
Europäisches Parlament soll im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können	Ablehnung; Eingriff in die Entscheidungsprärogative der Mitgliedsstaaten im Rat würde der europäischen Sache mehr schaden als nützen.
EZB soll unter die Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden	Ablehnung; wie auf nationaler Ebene soll auch die EZB als unabhängige weisungsfreie Einrichtung erhalten bleiben.

2 Schlankes Europa

Das Wahlprogramm der LINKEN bringt viel neue Bürokratie mit sich – trotz des erklärten Ziels, das Subsidiaritätsprinzip einzuhalten

Der Grundsatz der Subsidiarität soll laut Wahlprogramm eingehalten und politische Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Die verstärkte Einbeziehung der Bürger beispielsweise durch eine Beteiligung an einem Verfassungskonvent sowie Volksentscheiden und Volksbegehren geht allerdings zu Lasten der Handlungsfähigkeit der EU. Zudem wird einzelnen Vorhaben, wie dem EU-weiten Mindestlohn, die Kompetenz der EU überschritten und gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Der bürokratische Aufwand im geplanten EU-Vergabeverfahren würde, insbesondere für kleine Unternehmen, auf ein nicht mehr vertretbares Maß ansteigen.

Vorhaben

vbw Bewertung

Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend reformieren und demokratisieren. Dabei muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten: Politische Entscheidungen in der EU sollen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und Ländersacheangelegenheiten in den nationalen Parlamenten.

Zustimmung

Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene Kriterien für Vergaben festzulegen (...) Kommunen und Länder dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die unter Tarifverträge fallen und in Deutschland einen Vergabemindestlohn von 12 Euro in der Stunde einhalten.

Abzulehnen; es besteht keine Notwendigkeit für Gesetze mit Tariftreue- und Mindestentgeltregelungen. Solche Gesetze sind ordnungspolitisch falsch und teilweise verfassungswidrig. Ein Vergabemindestlohn ist überflüssig und schafft nur unnötige Bürokratie, was die Vergabep Praxis verkompliziert und verteuert: Der bürokratische Aufwand im Vergabeverfahren steigt, insbesondere für kleine Unternehmen, auf ein nicht mehr vertretbares Maß an. Zudem nimmt der Prüfungs- und Kontrollaufwand durch Auftraggeber und Staat massiv zu. Darüber hinaus lassen hohe Mindestentgeltregelungen die Preise steigen. Das engt den Spielraum der

Schlankes Europa

öffentlichen Haushalte für dringend notwendige Investitionen weiter ein. Schließlich widerspricht die Festlegung eines Mindestentgelts bei einer öffentlichen Ausschreibung auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, der regionalem Protektionismus durch Mindestlohn- oder Tarifvertragshürden im Vergaberecht eine klare Absage erteilt hat.

Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden (S. 16).

Abzulehnen; konsequente Kontrollen bestehen schon und Ausnahmen sind in der praktischen Umsetzung notwendig (Bürokratieaufbau).

3 Stabiles Europa

DIE LINKE gibt die europäische Stabilitätspolitik vollständig auf

DIE LINKE will eine EU ohne Stabilitäts- und Wachstumspakt schaffen, in der die Staatsfinanzierung über die Druckerpresse erfolgt, Staatsschulden grenzenlos und ohne Auflagen zu Lasten anderer Staaten aufgenommen werden können und das Bankensystem als Finanzierungspartner der Wirtschaft weitestgehend ausfällt. Offensichtlich hat DIE LINKE aus den Ursachen der Finanzmarktkrise 2008/2009 und der ihr nachgefolgten Haushaltskrise der Mitgliedsstaaten nichts gelernt. Ihr Kurs nähme der EU und ihren Mitgliedsstaaten jede finanzpolitische Stabilität und würde die wirtschaftlichen Perspektiven der Unternehmen auf den Heimatmärkten und in der Welt sowie die Perspektiven der Menschen in der EU nachhaltig zerstören.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Abschaffung des Stabilitäts- und Wachstums- sowie des Fiskalpakts	Ablehnung. Die Instrumente haben wesentlich dazu beigetragen, dass unsolide öffentliche Haushaltspolitik zurückgedrängt wurde und sich die EU nach der Finanzmarktkrise wieder stabilisieren konnte
Staatsfinanzierung über die EZB; Einführung von Eurobonds ohne Verbindung mit Reformauflagen; Finanzierung öffentlicher Investitionen durch EZB-Kredite; kurzfristige Nichtanrechnung ziviler öffentlicher Investitionen auf die öffentliche Verschuldung	Ablehnung. Der mit diesen Überlegungen eingeschlagene Weg würde der EU und ihren Mitgliedsstaaten jegliche finanzielle Stabilität und Verlässlichkeit nehmen und jedem einzelnen Mitgliedsstaat veranlassen, sich zu Lasten der anderen zu verschulden.
Banken verkleinern und auf Zahlungsverkehr, einfaches und sicheres Sparen sowie Investitionsfinanzierung beschränken; Investmentbanking abtrennen und abwickeln	Ablehnung. Damit verlöre das private Investitions- und Wachstumsgeschehen in der EU eine für seine Finanzierung wesentlich tragende Säule und die europäische Wirtschaft auf dem Binnenmarkt wie auf den Weltmärkten unersetzliche Finanzierungspartner.

4 Den Binnenmarkt vollenden

In den Bereichen Mobilität und Umwelt überlagern ideologische Programmziele wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen

DIE LINKE sieht zwar die Notwendigkeit, eine hochleistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur flächendeckend in staatlicher Verantwortung auszurollen, verbindet mit neuen Technologien aber kaum positive Visionen. Statt auf Innovationen und damit verbundene Wachstumschancen setzt sie auf Umverteilung und Verstaatlichung. Damit ist eine Stärkung des Binnenraums nicht möglich.

DIE LINKE will in Europa eine Verkehrswende mit kostenlosem Öffentlichen Nahverkehr, Ausbau des Schienennetzes sowie Abschaffung der EU-Förderung für neue Straßen und Flughäfen. Die Finanzierung bleibt weitgehend offen. Individuelle und unternehmerische Mobilitätsbedürfnisse können so nicht befriedigt werden, die industriellen Folgen wären gravierend.

Bei der Umweltpolitik steht der ökologische Bereich zu sehr im Vordergrund, wirtschaftliche und industrielle Aktivitäten müssen aber auch zukünftig genehmigungsfähig bleiben.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Wir wollen zentrale Bereiche des Lebens dem Markt entziehen: Gesundheit, Pflege, Wohnen, Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie digitale Infrastruktur.	Ablehnung. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer – eher im Gegenteil. Auch wenn die Ergebnisse der Privatisierung nicht in allen Bereichen gleichermaßen überzeugen, ist eine Wiederverstaatlichung keine Option, da damit massivst in Rechte eingegriffen würde.
Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes. Die Grundregeln des gleichen und freien Zugangs aller zum Internet müssen dabei gesichert sein. Die Netzneutralität muss durch eine europäische Aufsicht gewahrt werden. Marktkonzentration wollen wir verhindern.	Grundsätzlich Zustimmung. Speziellen sicherheitsrelevanten Anwendungen – die klar vom Gesetzgeber zu definieren sind, wie Echtzeitkommunikation im vernetzten Verkehr – muss allerdings im Zweifel Vorrang vor den aktuellen Kommunikationsbedürfnissen anderer Anwender eingeräumt werden.
Die Europäische Forschungsförderung muss einer bedarfsgerechten Grundfinanzierung der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen weichen, sodass Forschungsfragen an den Herausforderungen	Eine Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Freiheit der Wissenschaft sind wichtige Errungenschaften. Daneben ist aber auch anwendungsorientierte Forschung

Den Binnenmarkt vollenden

der Gesellschaft statt an den Interessen der Konzerne ausgerichtet werden. Große Unternehmen und ihre Verbände haben zu viel Einfluss auf die Ausrichtung der Forschungs- und Innovationsförderung.	notwendig, und das selbstverständlich unter Einbeziehung der Anwender aus der Wirtschaft.
---	---

Mobilität

Förderprogramm, bei dem der Nahverkehr verbessert und die Fahrpreise bis zum Nulltarif gesenkt werden.	Förderung des Nahverkehrs grundsätzlich zu begrüßen, Nulltarife sind aber finanziell wohl nicht machbar.
--	--

Ein beträchtlicher Teil des innereuropäischen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss dafür ausgebaut werden.	Abzulehnen, weil dies die freie Wahl der Verkehrsträger zu stark einschränkt. Förderung des Schienenverkehrs ist aber grundsätzlich zu begrüßen.
--	--

Einführung eines europaweiten integralen Taktfahrplanes und eines gemeinsamen Ticketbuchungssystems.	Grundsätzlich zu begrüßen.
--	----------------------------

Umweltpolitik

DIE LINKE will, dass weniger Rohstoffe verbraucht und natürliche Ressourcen geschützt werden. Sie will den Flächenverbrauch und Abfall reduzieren. Ziel ist eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft. Dafür sollen auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Einwegverpackungen Abgaben erhoben werden.	Wir lehnen pauschale neue Abgaben ab. Die Unternehmen verfolgen bereits verschiedene Strategien zum effizienten Einsatz von Rohstoffen. Diese bilden allerdings die Grundlage für den gesamten industriellen Herstellungsprozess. Ob sie in der benötigten Menge und zu guten Konditionen verfügbar sind, ist für die Unternehmen dieser Wertschöpfungsketten existenziell.
--	---

Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, öffentlich über soziale und ökologische Standards bei der Herstellung der von ihnen verwendeten Ressourcen Bericht zu erstatten.	Ablehnung. Es besteht die Gefahr, dass ein Zusammenhang zwischen den Produkten von Unternehmen und den Konflikten in Krisenregionen impliziert wird. Damit würden alle Unternehmen, die Rohstoffe aus Krisenregionen verwenden, unter Generalverdacht gestellt. Die tatsächliche Herkunft von Mineralien kann nur schlecht nachgewiesen werden.
---	---

[Den Binnenmarkt vollenden](#)

Die Nutzung von Kunststoffen will die Partei drastisch reduzieren. Durch eine EU-Plastikstrategie will sie die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und die Verwendung von Mikroplastik verbieten.

Ein pauschales Verbot von Plastik ist nicht das richtige Ziel. Kunststoffe leisten einen wichtigen Beitrag zu Energie- und Materialeinsparungen und stellen einen integralen Bestandteil der europäischen Wertschöpfung und Innovationskraft dar. Jedes pauschale Verbot wäre überzogen. Erforderlich ist vielmehr eine differenzierte Betrachtung, die auch Aspekte der Wirtschaftlichkeit und der technischen Machbarkeit berücksichtigt.

Vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, um einen guten ökologischen Gewässerzustand zu erreichen

Zustimmung. Wir brauchen aber zusätzlich eine Weiterentwicklung der Wasserrahmenrichtlinie, damit wirtschaftliche und industrielle Aktivitäten weiterhin genehmigungsfähig bleiben.

5 Arbeit und Soziales

Die geforderte massive Ausweitung von Sozialleistungen und die zusätzlichen Regulierungen im Arbeitsrecht sind kontraproduktiv

Die LINKE legt in ihrem Wahlprogramm einen starken Fokus auf die Ausweitung von Sozial- und Arbeitsstandards sowie sozialen Rechten innerhalb der EU. Dafür werden an zahlreichen Stellen (Tarifbindung, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit, Arbeitswelt 4.0) staatliche Zwangsmaßnahmen gefordert. Die Vorschläge der LINKEN sind klar abzulehnen. Nicht nur, dass die Ausgestaltung der sozialen Sicherung in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten liegt und nicht durch europäische Vorgaben reguliert werden darf – die skizzierten Pläne der LINKEN ebnen den Weg in eine Transfer- und Umverteilungsunion. Hierzu darf es nicht kommen, da dadurch bestehende Ressentiments gegenüber der EU weiter befeuert werden und die Zukunftsfähigkeit der EU riskiert wird. Zudem wird die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine weitere pauschale Anhebung der Sozial- und Arbeitsstandards bedroht. In der Konsequenz drohen Arbeitsplatzverluste, und das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU wird verfehlt werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Verpflichtende öffentliche Beschäftigungsprogramme und Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, wenn Erwerbslosenquote fünf Prozent überschreitet	Abzulehnen. Erstens besteht hierzu auf EU-Ebene keine Regelungskompetenz, zweitens sind öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme als ultima ratio einzustufen. Mit Priorität sind Anstrengungen zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu verfolgen.
Einklagbare soziale Rechte unter anderem über: <ul style="list-style-type: none"> – Rettungsschirm für Beschäftigte – Europäische Arbeitslosenversicherung – Export von Sozialleistungen, Fristverkürzung zum Bezug von Sozialleistungen 	Abzulehnen. Die skizzierten Maßnahmen ebnen den Weg in eine Umverteilungsunion und gefährden so den Rückhalt für das europäische Projekt.
Einführung einer Mindestrente oberhalb der Armutsrisikogrenze und Abschaffung von kapitalgedeckten Rentensystemen.	Abzulehnen. Die EU besitzt keine Regelungskompetenz zur Ausgestaltung der Altersvorsorge. Diese liegt alleine bei den Mitgliedsstaaten.
Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.	Abzulehnen; konsequente Kontrollen bestehen schon und Ausnahmen sind in der praktischen Umsetzung notwendig (Bürokratieaufbau).

Arbeit und Soziales

Wir wollen prekäre Arbeit bekämpfen. Wenn ein Mitgliedsstaat einen zu hohen Anteil an Beschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit, sachgrundloser Befristung oder im Niedriglohn hat, wird er verpflichtet, Regulierungen einzuziehen und gute Arbeit zu fördern.

Abzulehnen; flexible Beschäftigung schafft Berufseinstiegschancen für Langzeitarbeitslose und darf nicht als „prekär“ abgestempelt werden.

Wir wollen unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit. (...) Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund abschaffen: In ganz Europa drücken befristete Arbeitsverträge auf die Löhne und erschweren gewerkschaftliche Organisierung und gewerkschaftliche Kämpfe. Wenn die Quote der befristeten Arbeitsverträge über fünf Prozent steigt, müssen die Mitgliedsstaaten Gegenmaßnahmen einleiten. Dabei kommt dem Öffentlichen Dienst eine wichtige Vorbildfunktion zu!

Abzulehnen; befristete Beschäftigung ist ein wichtiges Flexibilitätsinstrument für Unternehmen und für Schwächere ein wichtiger Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Mindestlöhne, Arbeitszeitreglungen, Sozialversicherungs- und Rentenzahlungen sowie Besteuerung eines Landes dürfen nicht umgangen werden. Dafür fordern wir eine EUverbindliche Rahmenregelung.

Abzulehnen; die Rechtsdurchsetzung obliegt den Mitgliedsstaaten.

Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden verpflichtet, armutsfeste existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen (...) Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen.

Abzulehnen; die Forderung nach länderspezifischen Mindestlöhnen ist eine Kompetenzüberschreitung der Union, das Arbeitsentgelt ist von der Regelungszuständigkeit der Union ausdrücklich ausgeschlossen.

Wir wollen Leiharbeit abschaffen. In der EU gilt: Gleicher Lohn für Beschäftigte in Leiharbeit und Festanstellung. Deutschland unterläuft diese Richtlinie. Wir wollen die Öffnungsklauseln für Leiharbeit ausschließen. Bis dahin müssen sich Unternehmen die Flexibilität mit mindestens zehn Prozent zusätzlichem Lohn über Tarif für Leiharbeitende leisten.

Abzulehnen. Zeitarbeit ist oftmals das einzige Flexibilisierungsinstrument – und es bietet geringer Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen die Chance auf Einstieg in Arbeit.

Arbeit und Soziales

Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne, Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen. Die Definition von »Arbeitnehmer*in« und »Betrieb« muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte wie in herkömmlichen Betrieben gelten. Dazu muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdworking geschaffen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können. (...) Auch digital gute Arbeit: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne, Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen.

Abzulehnen; Plattformen, Coworking Spaces und ähnliche neue Formen der Kooperation von internen und externen Spezialisten ermöglichen flexibles Arbeiten in Zeiten zunehmender Digitalisierung. Diese Formen der Zusammenarbeit können im derzeitigen Rahmen nicht rechtssicher gestaltet werden, weil Fragen von Weisungsrechten, der betrieblichen Eingliederung, der Eingruppierung und Versetzung sowie des Arbeitsschutzes nicht abschließend geklärt werden können. Insoweit besteht jedoch kein Bedarf zur Ausweitung der Arbeitnehmer-Kriterien, sondern vielmehr zur gesetzlichen Klarstellung, in welchen Fällen kein Arbeitsverhältnis begründet wird. Die Unternehmen sehen in der Praxis andernfalls keine Möglichkeit eines rechtssicheren und sachgerechten Einsatzes insbesondere von gemischten Expertengruppen. Viele der hochqualifizierten Fachkräfte wandern sonst ins Ausland ab und bieten dort ihr Spezialwissen an, um die in Deutschland bestehenden Erschwernisse zu vermeiden. Dies gilt es zu verhindern.

Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen, statt Dauerstress, prekäre Teilzeit und Minijobs. (...) Arbeit darf nicht krank machen. Wir stoppen Dauerstress und den Überstundenberg. In allen EU-Ländern muss eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 40 Stunden die Grenze sein. Jede Arbeitszeit muss dokumentiert und bezahlt werden. Das wollen wir mit der Arbeitszeitrichtlinie festsetzen. Wir wollen ein Veto-Recht der Beschäftigten gegen Dauerstress. Statt Überstunden und Überlastung der Beschäftigten als gegeben hinzunehmen,

Der Ansatz ist falsch. Die bestehende Arbeitszeitrichtlinie ist zum Schutz der Arbeitnehmer bereits mehr als ausreichend. Vielmehr ist es erforderlich, die Flexibilität der Richtlinie auch im deutschen Arbeitszeitrecht zu ergänzen.

schaffen wir einen Mechanismus „mehr Personal statt Überstunden“: Indem wir eine verbindliche Grenze für Überstunden einführen und die Mitbestimmung bei Personalbemessung und Arbeitsorganisation verbessern.

Mit dem Neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmter gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das Recht auf mindestens 22 Stunden pro Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männern, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen zu schultern. Und es schafft Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für junge Menschen!

Abzulehnen; die Schaffung eines solchen „Normalarbeitsverhältnisses“ wäre mit der Arbeitsvertragsfreiheit unvereinbar.

Bei Standortverlagerungen haben die Gewerkschaften ein Veto-Recht.

Abzulehnen; wäre mit der EU-Niederlassungsfreiheit und der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit unvereinbar. Würde Neuinvestitionen in europäische Standorte stark reduzieren.

Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene Kriterien für Vergaben festzulegen (...) Kommunen und Länder dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die unter Tarifverträge fallen und in Deutschland einen Vergabemindestlohn von 12 Euro in der Stunde einhalten. (S. 16)

Abzulehnen; es besteht keine Notwendigkeit für Gesetze mit Tariftreue- und Mindestentgeltregelungen. Solche Gesetze sind ordnungspolitisch falsch und teilweise verfassungswidrig. Ein Vergabemindestlohn ist überflüssig und schafft nur unnötige Bürokratie, was die Vergabep Praxis verkompliziert und verteuert: Der bürokratische Aufwand im Vergabeverfahren steigt, insbesondere für kleine Unternehmen, auf ein nicht mehr vertretbares Maß an. Zudem nimmt der Prüfungs- und Kontrollaufwand durch Auftraggeber und Staat massiv zu. Darüber hinaus lassen hohe Mindestentgeltregelungen die Preise steigen. Das engt den Spielraum der öffentlichen Haushalte für dringend notwendige Investitionen weiter ein.

Schließlich widerspricht die Festlegung eines Mindestentgelts bei einer öffentlichen Ausschreibung auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, der regionalem Protektionismus durch Mindestlohn- oder Tarifvertragshürden im Vergaberecht eine klare Absage erteilt hat.

Manager- und Vorstandsgehälter sollen auch bei europaweit tätigen Unternehmen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen beantragen.

Neue Regelungen zur Vorstandsvergütung sind nicht erforderlich; die bestehenden Instrumente zur Regulierung der Vorstandsvergütung und zur Orientierung für deren Ausgestaltung müssen nur richtig und konsequent umgesetzt werden.

In fast der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten gibt es keine Mitbestimmung. (...) Wir wollen, dass EU-weite Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden (...).

Abzulehnen; Mindeststandards sorgen in der Regel nicht für eine Vereinheitlichung, vielmehr droht eine Ausweitung.

Wir wollen europäische Betriebsräte stärken. Die Beschäftigten müssen das Recht haben, Beschäftigtenvertretungen zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. Wir schlagen eine europäische Arbeitskammer vor die im Sinne der Beschäftigten in Europa deren soziale, wirtschaftliche und berufliche Belange vertritt.

Abzulehnen; damit wäre im Mitbestimmungsverfahren ein weiteres Organ zu beteiligen, was die Prozesse nur weiter erschweren würde.

Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen (...). Der Betriebsrat muss ein echtes Mitbestimmungsrecht haben.

Abzulehnen; bestehende Regelungen zur Beteiligung des Betriebsrates sind ausreichend. So ist etwa die Massenentlassungsrichtlinie in Deutschland in den §§ 17 bis 20 KSchG bereits umgesetzt; eine über § 17 Abs. 2 KSchG hinausgehende Beteiligung des Betriebsrates würde gegen die Grundprinzipien verstoßen, dass sich der Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen vom Arbeitsverhältnis lösen kann.

Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der Bildung eines digitalen Prekariats etwas entgegensetzt. Die Definitionen „Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin“ und „Betrieb“ müssen in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte wie in herkömmlichen Betrieben gelten.

Reflexartige Rufe nach Regulierung des vermeintlich (arbeits-)rechtsfreien Raums sind verfehlt – vielmehr gilt es, die unterschiedlichen Formen differenziert zu betrachten.

Für moderne Organisationsformen der Zusammenarbeit brauchen wir vielmehr eine gesetzliche Klarstellung, in welchen Fällen *kein* Arbeitsverhältnis und ggf. auch keine Pflicht des Auftraggebers zur Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen begründet wird.

Menschenwürdige Pflege beinhaltet einen Anspruch auf Pflege und Betreuung durch Menschen und menschlichen Kontakt – und nicht durch Pflegeroboter.

Angesichts der demografischen Wandels und des bestehenden Fachkräftemangels wird gerade die technologische Entwicklung maßgeblich dazu beitragen, eine menschenwürdige Pflege sicherzustellen.

6 Energie und Klimapolitik

DIE LINKE setzt auf Energie- und Klima-Planwirtschaft, die zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa führen würde

Das Europawahlprogramm der LINKEN schlägt einen planwirtschaftlichen Weg vor, um die Energiewende europaweit zum Erfolg zu führen. Die angestrebte Verstaatlichung ist schon aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen, es gibt aber auch keine Anhaltspunkte dafür, dass dies zu einem effizienteren und nachhaltigeren Handeln führen würde. Ein europäischer Kohleausstieg, der noch über das Ambitionsniveau der Beschlussempfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hinausgeht, ist jedoch ökonomisch und technologisch nicht darstellbar. Zusätzlich will DIE LINKE einen europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie. Eine solche Vorgabe lässt sich schon nicht mit dem ebenfalls verfolgten Ansatz vereinbaren, mehr auf den Willen der Bevölkerung abzustellen. Die Zielvorgabe, bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen, ist unrealistisch und würde zu einer Deindustrialisierung Europas führen. Sie entspricht allerdings der „Vision“ der EU.

Darüber hinaus fehlt bei der LINKEN das Bewusstsein dafür, dass eine dezentrale Energiewende ohne überregionale Strukturen, wie ein leistungsfähiges europäisches Verbundnetz, nicht zu schaffen ist. Dezentralität braucht Vernetzung, um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gleichermaßen zu gewährleisten. Der Schwerpunkt auf Partizipation bei der Energieversorgung ist zu einseitig und braucht als notwendige Ergänzung übergreifende Leitplanken, damit dringend erforderliche Innovationen und Infrastrukturprojekte nicht durch Partikularinteressen verhindert werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist	Teilweise Zustimmung. Dezentralität (und Zellularität) spielt im Energiesystem der Zukunft eine wichtige Rolle. Überregionale Strukturen wie der europäische Energiebinnenmarkt und das europäische Verbundnetz sind jedoch gleichrangig zu behandeln, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.
Stärkung der Mitbestimmung der Bürger, wie Energie erzeugt werden soll, zum Beispiel durch Sozial- und Wirtschaftsräte	Ablehnung. Zwar brauchen Ausbau und Transformation des Energiesystems öffentliche Akzeptanz, die Mitbestimmung darf jedoch nicht so gestaltet werden, dass dringend nötig Infrastrukturprojekte verzögert oder gar verhindert. Die Installierung von Räten ist hierzu nicht geeignet.

Bis 2050 neutraler „ökologischer Fußabdruck aller Menschen und Gesellschaften“	Ablehnung. Das Ziel, bereits bis 2050 im europäischen oder nationalen Alleingang Klimaneutralität zu erreichen, hätte gravierende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Forderung entspricht allerdings der Zielvorstellung der EU.
Europaweiter Kohleausstieg bis 2030	Ablehnung. Bereits die Beschlussempfehlung der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, bis 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen, hat gravierende Folgen für Versorgungssicherheit und Strompreise. Ein noch früherer Kohleausstieg ist ökonomisch nicht darstellbar und stößt an die Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz.
Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne	Ablehnung. Private Akteure sorgen in allen Wirtschaftsbereichen, auch in der Energiewirtschaft, für Effizienz und Innovationen, die für das Gelingen der Energiewende dringend nötig sind.
100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040, hauptsächlich dezentral	Ablehnung. Die europäische Wirtschaft ist auf eine sichere und zuverlässige Stromversorgung angewiesen. Dies bereits bis 2040 mit 100 Prozent erneuerbaren Energien zu gewährleisten, ist unrealistisch.
Auflösung der EURATOM	Ablehnung. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zunächst eine deutsche Entscheidung. Anderen EU-Mitgliedsstaaten muss es weiterhin selbst überlassen bleiben, im Rahmen ihrer Gegebenheiten die Energiewende mit Hilfe von Kernkraftwerken zu gestalten.

7 Steuerpolitik

Steuerpolitische Vorstellungen der LINKEN würden den Wirtschaftsstandort Europa schaden

In der europäischen Steuerpolitik positioniert sich DIE LINKE in Richtung höherer Steuerlasten. Prägende Vorhaben sind eine breite – also nicht etwa eine an der Leistungsfähigkeit und Standortbelangen orientierte – Bemessungsgrundlage für harmonisierte Unternehmensteuern, Mindeststeuersätze, Vermögenbesteuerung, Finanztransaktionsteuer und eine Digitalsteuer, die in der gewählten Form zusätzlich angestrebtes Steueraufkommen nicht im Land der Wertschöpfung ankommen lässt, sondern in digitale Verbraucherländer verschiebt. Aspekte wie Standortattraktivität und Abbau von Handelshemmnissen im Binnenmarkt spielen keine Rolle, Überlegungen zur Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen gehen am vertraglichen Auftrag der EU vorbei. Mit dieser Steuerpolitik verliert die Europäische Union im internationalen Standortwettbewerb.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Unternehmensteuer: einheitliche breite Bemessungsgrundlage und Mindestsatz	Ablehnung; bei der Harmonisierung der Unternehmensteuer geht es nicht um eine breite, sondern um ein an der Leistungsfähigkeit orientierte Bemessungsgrundlage; Mindeststeuersätze lehnt die vbw ab.
Mindeststandards zur Besteuerung großer Vermögen und von Spitzeneinkommen	Ablehnung; die Einführung einer Vermögensteuer in Deutschland über den Umweg der EU lehnt die vbw ab, die Einkommensteuer steht zur Harmonisierung nicht an
In Sachen Steuerflucht Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten, gegebenenfalls Einführung von Quellensteuern, Ausbau des Informationsaustausches zwischen Staaten; öffentliches Country-by-Country-Reporting	Kein Handlungsbedarf; die hier angesprochenen Anliegen sind auf OECD-Ebene gut abgestimmt und werden in der EU umgesetzt.
Finanztransaktionsteuer – Belastung mit 0,1 Prozent	Ablehnung. Die Finanztransaktionsteuer beschädigt private Vermögensvorsorge, die Absicherung von Handelsgeschäften, die Aktienkultur und die Finanzmärkte.

Einführung einer Digitalsteuer in Höhe der Differenz zur nominalen Körperschaftsteuerlast, zu zahlen an das Land der Nutzung

Die künftige zwischenstaatliche Aufteilung des Besteuerungsrechts auf Gewinne aus digitalen Geschäftsmodellen wird auf OECD-Ebene verhandelt, die Ergebnisse sind abzuwarten. Die Annahmen, mit denen die Linke eine neue Digitalsteuer begründen will, sind unzutreffend.

Harmonisierung der Abschreibungsregeln für immaterielle Werte und der F+E-Steuerzuschüssen

Die Harmonisierung von Regeln zu Abschreibung und Forschungsförderung muss im Rahmen der Harmonisierung der Unternehmenbesteuerung in der EU verhandelt werden.

8 Industrie stärken

DIE LINKE spricht sich offen gegen Markt und Wettbewerb aus. Die geforderte „Industriepolitik von links“ setzt auf staatliche Lenkungs politik

Im Europa-Wahlprogramm der LINKEN wird ihre Ablehnung von Markt und Wettbewerb offen sichtbar. Sie argumentiert mit faktisch falschen Behauptungen zu den Arbeitsverhältnissen in der EU und setzt klar auf staatliche Steuerung und Regulierung. Dabei kommen auch längst überwunden geglaubte Konzepte zum Vorschein wie eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zur Senkung der Arbeitslosigkeit. DIE LINKE verkennt, dass die Planwirtschaft im Systemwettbewerb der Wirtschaftsordnungen unterlegen ist. Staatliche Lenkung unter Schwächung oder gar Ausschaltung des Wettbewerbs schwächt die europäische Industrie und die europäische Wirtschaft.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Kritik der bisherigen EU-Politik, die auf Förderung von Wettbewerb und Öffnung von Märkten ausgerichtet ist	Wir setzen klar auf Wettbewerb und offene Märkte. Wettbewerb ist die Grundvoraussetzung für Fortschritt und Innovation und somit für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Gleiches gilt für den internationalen Freihandel und die Verteilung von Wertschöpfungsketten auf offenen Märkten.
Lenkung von Investitionen in strukturschwache Regionen	Wir lehnen staatlich gelenkte Investitionen ab. Dies schließt nicht aus, dass durch spezielle Fördermaßnahmen Anreize geschaffen werden, in strukturschwachen Regionen zu investieren. Letztendlich muss es aber eine freie, an der zu erwartenden Rentabilität orientierte Entscheidung der Unternehmen sein, wo investiert wird.
Ablehnung von Handelsabkommen wie TTIP	Freihandel und internationale Arbeitsteilung sind der Quell für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Wir sprechen uns daher dafür aus, Handelsbarrieren abzubauen, entweder in Form globaler Regelungen im Rahmen der WTO oder durch bilaterale Handelsabkommen.

Industrie stärken

Abschaffung von Zeitarbeit und sachgrundloser Befristung

Zeitarbeit und Befristungen sind wichtige Flexibilisierungsinstrumente für Unternehmen. Eine Abschaffung würde gerade die Industrie, die oftmals Produkt- oder Konjunkturzyklen unterworfen ist, spürbar einengen und belasten und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Veto-Recht für Gewerkschaften bei Standortverlagerungen

Einen solchen schwerwiegenden Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit lehnen wir ab. Sie würde Neuinvestitionen in Europa stark reduzieren.

9 Internationale Handelspolitik

DIE LINKE spricht sich nicht für offenen Welthandel aus und lehnt existierende Freihandelsabkommen als demokratiefeindlich ab

Freihandelsabkommen unterwerfen laut der LINKEN zentrale Bereiche des Lebens wie Markt und Wettbewerb, was demokratische Entscheidungsmöglichkeiten einschränke und soziale Belange vernachlässige. Daher werden Freihandelsabkommen insgesamt abgelehnt und stattdessen gerechte und nachhaltige Abkommen über Partnerschaft angestrebt. Menschenrechte sollen in diesen Abkommen gegen Unternehmen einklagbar integriert werden. Themen wie die Entwicklungszusammenarbeit, der Klimaschutz, die Abschaffung des Hungers auf der Welt und friedenssichernde Politik sollen Teil der internationalen Handelspolitik sein.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ablehnen und Ersetzen bestehender Handelsabkommen durch Abkommen über Partnerschaft	Ablehnung; die oft in einem langwierigen Prozess verhandelten, modernen und transparenten Freihandelsabkommen stellen Wirtschaftsbeziehungen auf eine berechenbare Grundlage und fördern so den Wohlstand.
Unternehmen einklagbar verpflichten, Menschenrechte und Arbeitsrechnormen einzuhalten	Ablehnung; zwar sind Menschenhandel, Zwangs- und Kinderarbeit selbstverständlich zu bekämpfen, doch laufen Unternehmen Gefahr, wegen von ihnen nicht steuerbarer Gegebenheiten entlang ihrer Lieferkette unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt zu sein.
Handelspolitik an Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und friedenssichernde Politik binden	Ablehnung; keine Parallelregelungen zu existierenden Abkommen wie beispielsweise dem Klimaschutz, zudem würde der Abschluss von Handelsabkommen zusätzlich erschwert, wenn er mit weiteren Themen belastet würde.
Ausdehnung der gesetzlichen Sorgfaltspflicht für Unternehmen bei Bestellung von Konfliktrohstoffen	Ablehnung; Unternehmen können nicht für Risiken entlang der Lieferkette, die außerhalb ihres Einflussbereichs sind, haftbar gemacht werden

Reform der WTO, damit Ernährungssicherheit und -souveränität nicht länger durch Freihandel verhindert werden

Ablehnung; zwar sollte die WTO reformiert und gestärkt werden, jedoch ist die Aussage, Freihandel verhindere Ernährungssicherheit, nicht nachvollziehbar.

10 Migration

Die Vorstellungen zur Asyl- und Migrationspolitik sind in hohem Maße ideologisch geprägt

Die Vorstellungen zur Asyl- und Migrationspolitik der LINKEN sind stark ideologisch geprägt. Die meisten Vorschläge sind abzulehnen, etwa der Grundsatz, keine Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Geflüchteten mehr vorzunehmen, Frontex abzuschaffen oder die Forderung, das Dublin-System abzuschaffen und den Flüchtlingen freie Wahl zu lassen, wo sie ihren Asylantrag stellen möchten. Die Forderungen, legale Flucht- und Einreisewege zu schaffen, Fluchtursachen zu bekämpfen und einheitliche Schutzstandards innerhalb der EU umzusetzen, sind hingegen zu begrüßen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Sichere und legale Flucht- und Einreisewege schaffen	Zu begrüßen
Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen; die Entwicklungszusammenarbeit verbessern	Grundsätzlich positiv zu bewerten
Frontex auflösen und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzen	Abzulehnen
Individueller Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sicherstellen [...] sowie Schnellverfahren und Inhaftierungen abschaffen	Zugang zu Asylverfahren positiv zu bewerten; Schnellverfahren abzuschaffen eher abzulehnen
Einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau	Zu begrüßen
Dublin-System beenden. Alle Schutzsuchenden sollen selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen	Abzulehnen
Effektive Bleiberechtsregelungen für alle Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben	Abzulehnen
Keine Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU	Abzulehnen

Migration

Verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für „subsidiär“ Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens	Abzulehnen
Dezentrale Unterbringung und flächendeckend kostenlose Sprachkurse	Zu begrüßen
Reguläre Geldleistungen statt Sachleistungen	Abzulehnen
Mitgliedsstaaten sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Ge-flüchtete aufnehmen; diejenigen, die überproportional viele bei sich aufnehmen, sollen entsprechend große Ausgleichsummen erhalten	Positiv zu bewerten
Europäischer Fonds, der aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft	Positiv zu bewerten
Bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern und -Bürgerinnen	Positiv zu bewerten
Geschlechtsspezifische Verfolgung und Gewalt als Asylgrund anerkennen	Zu befürworten; ist allerdings schon der Fall

11 Bildung

Vorschläge zur Bildung sind überwiegend abzulehnen

Insbesondere in der Hochschulpolitik vertreten vbw und DIE LINKE konträre Auffassungen. So fordert DIE LINKE, das Bologna-System nachhaltig zu ändern und den angeblichen Einfluss der Wirtschaft zu hemmen. Zudem will sie sämtliche Studiengebühren sowie Zulassungstests und Beschränkungen jeder Art streichen, womit sie stark in die Autonomie der Hochschulen eingreift. Abzulehnen sind zudem die Forderungen nach der Sicherung des Rechts auf Ausbildung sowie der Förderung des Rechts auf Weiterbildung. Bei der Weiterbildung will DIE LINKE zudem weitere Kompetenzen nach Brüssel verlagern, wie etwa die Festlegung von Leitzielen in Aus- und Weiterbildung. Auch das lehnen wir ab.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ausbildung	
Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze, auch für Menschen mit Behinderung	Menschen mit Behinderung die Chance zu geben, entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten eine Ausbildung aufzunehmen und sich am Erwerbsleben zu beteiligen, ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel, kann aber auf europäischer Ebene nicht vorgegeben werden.
Inklusive Bildung in allen Mitgliedstaaten	Stärkung wäre zu begrüßen, müsste konkretisiert werden.
Strukturelle Ausbau des Programms ERASMUS+, insbesondere für Personen aus sozioökonomisch-schwachen Hintergründen oder mit Behinderung	Forderung liegt ganz auf unserer Linie
Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation als Leitziele der beruflichen Bildung	Leitziele werden bereits heute verfolgt; darf nicht gegen die am Arbeitsmarkt benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten ausgespielt werden.
Förderung von Medien- und Internetkompetenz	Forderung liegt ganz auf unserer Linie
Aufstockung der Mittel für die Jugendgarantie	In Deutschland bestehen im SGB II und III schon zahlreiche Möglichkeiten, um Jugendliche in ein Jobangebot oder eine

Bildung

arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme zu vermitteln. Die Aufstockung der Mittel in anderen EU-Staaten ist grundsätzlich zu begrüßen, liegt in deren Entscheidungskompetenz.

 Investitionen in berufliche Bildung

Zu begrüßen

 Sicherung des Rechts auf Ausbildung und Förderung durch EU-Mittel

Ist abzulehnen, da eine verordnete Ausbildungsplatzgarantie an der betrieblichen Realität und jener der jungen Menschen in Europa vorbei gehen würde.

 Weiterbildung

 Förderung von Kreativität, Kritik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politischem Bewusstsein als Leitziele des lebenslangen Lernens

Zu begrüßen, darf aber nicht gegen Anpassung der Kenntnisse und Fähigkeiten an den sich wandelnden Arbeitsmarkt ausgespielt werden.

 Förderung von Medien- und Internetkompetenz

Zu begrüßen

 Investitionen in Weiterbildung

Zu begrüßen um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Mitgliedsstaaten zu fördern.

 Förderung des Rechts auf Weiterbildung

Garantie ist abzulehnen weil gezielte und marktkonforme Bildungsaktivitäten dadurch nicht erhöht werden.

 Hochschule

 Privatisierung von Hochschulen stoppen

Abzulehnen, da auch private Hochschulen wie die HDBW oder FOM gemeint sind

 Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen abschaffen

Abzulehnen, da die Tests / Beschränkungen im Ermessen der Hochschulen liegen und wichtige Qualitätsmaßnahmen sind

 Zugangsmöglichkeiten für Menschen ohne Abitur EU-weit verbessern

Grundsätzlich zu begrüßen

 Zulassungsfreier Zugang zum Master-Studium

Abzulehnen, liegt im Ermessen der Hochschulen

Bildung

Reform von Bologna: weniger „verschult“ und stärkeren gesellschaftlichen Fokus von Bachelor und Master, statt Arbeitsmarkt-befähigung zu fördern	Abzulehnen
Studiengebühren europaweit abschaffen, auch für EU-Ausländer	Abzulehnen
Ablehnung des europäischen Hochschulraums, da dieses nur EU und EHEA-Staaten (European Higher Education Area) umfasst, und so weltweit ein System der zwei Geschwindigkeiten („two Speed Systems“) schafft	Abzulehnen, da der europäische Hochschulraum nicht nur die EU-Staaten, sondern auch einige eurasische Länder umfasst und für eine bessere Anerkennung der Abschlüsse sorgt
Keine europäische Exzellenz-Initiative für die Hochschulen (keine Elitenförderung)	Abzulehnen

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern * verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2019